IMMAC
... leading in social investments

Datum:	27. September 2010
Medium:	der Standard

Rasche Umsetzung eines Pflegefonds gefordert

27. September 2010, 14:00

Enquete zur Pflegefinanzierung im Parlament - Opposition kritisiert Regierung

Wien - Eine Enquete zur Pflegefinanzierung hat am Montag im Parlament in Wien stattgefunden. Gefordert wurde bei der vom Seniorenrat organisierten Veranstaltung vor allem die rasche Umsetzung eines Pflegefonds. Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) spricht sich dafür aus, den Mehraufwand in den kommenden Jahren über einen steuerfinanzierten Pflegefonds zweckgebunden an die Länder aufzuteilen, die das Geld wiederum den Gemeinden zur Verfügung stellen sollen.

Der Mehraufwand betreffe vor allem die Sachleistungen - die Ausgaben dafür sollen von derzeit 1,5 Mrd. Euro auf 2,1 Mrd. Euro im Jahr 2020 steigen. Zusätzliche Geldmittel sollen nach Hundstorfers persönlicher Vorstellung steuerfinanziert eingenommen werden und in einen Pflegefonds fließen. Dieses Geld soll dann zweckgebunden auf die Länder aufgeteilt werden, die es an die Gemeinden weitergeben. Es gebe zwar Überlegungen, das gesamte Geldvolumen in den Fonds zu packen, doch er stehe für eine Abschaffung des siebenstufigen Pflegegeldsystems nicht zur Verfügung, auch wenn er über gewisse "Streuverluste" bei diesem System Bescheid wisse, so Hundstorfer. Auf die Frage, wie hoch der Fonds dotiert sein soll, verwies der Sozialminister darauf, dass der Mehrbedarf bis 2020 etwa 600 Mio. Euro betrage. In den nächsten Monaten solle man die Grundstruktur des Fonds beschließen.

Lopatka für Geldleistungen

Auch Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka betonte, es gebe im Bereich der Pflege finanziellen Zusatzbedarf. Lopatka sprach sich für Geld- vor Sachleistungen aus, das Pflegegeldsystem habe sich bewährt. Ziel sei es, in Sachen Fonds möglichst bald in eine Umsetzungsphase zu kommen. Es dürfe aber keine weiteren Erhöhungen der Lohnnebenkosten, etwa durch eine Pflegeversicherung, geben.

Die Wiener Stadträtin Sonja Wehsely (S) pochte auf einen aus vermögensbezogenen Steuern gespeisten Pflegefonds. Die Finanzierung der Pflege und Betreuung in einer alternden Gesellschaft sei nicht gesichert, kritisierte Seniorenrats-Präsident Karl Blecha (SPÖ). Die Finanzierung sei aber leistbar, wenn Gesellschaft und Politik dies wollten. Ein Pflegefonds solle "unverzüglich" geschaffen werden. Seniorenrats-Präsident Andreas Khol (ÖVP) hatte zuvor in seiner Begrüßungsrede gefordert, auch im Hinblick auf den nächsten Finanzausgleich "richtige" Zahlen zum Thema Pflege zu erheben und vergleichbar zu machen. Weiters betonte er, dass die Seniorenvertreter nicht reformunwillig seien, sondern eine Reform des Pflegesystems unterstützen.

Kritik der Opposition

ÖVP und SPÖ fehlten Zukunftskonzepte, meinte der Grüne Sozialsprecher Karl Öllinger. BZÖ-Behindertensprecher Sigisbert Dolinschek verwies darauf, dass eine jährliche Valorisierung des Pflegegeldes nicht sichergestellt sei. FPÖ-Behindertensprecher Norbert Hofer forderte eine deutliche Erhöhung des Pflegegeldes.

Das Pflegegeld habe inflationsbedingt massiv an Wert eingebüßt, die Regierung weigere sich aber, diese Inflationsabgeltung vorzunehmen, kritisierte Hofer in einer Aussendung. Die FPÖ wolle eine "Rückbesinnung auf den Sozialstaat".

"Es wird nicht reichen einen Pflegefonds einzurichten, der nur die Finanzierung einiger bestehender Leistungen übernimmt. Dieser Fonds muss alle Pflegebereiche umfassen und braucht Reserven, auf die bei einem zukünftigen Mehrbedarf zurückgegriffen werden kann", betonte Öllinger in einer

Aussendung. Finanziert werden solle der Fonds durch eine wieder eingeführte Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Das BZÖ wolle eine bedarfsgerechte, würdevolle Versorgung pflegebedürftiger Menschen sicherstellen, so Dolinschek in einer Aussendung. Dolinschek kritisierte, dass eine zur Gänze finanzierbare politische Gesamtstrategie auf Bundesebene fehle.

(APA)